

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXVII
Literaturverzeichnis .....	XLVII

## Teil A. Grundlagen

§ 1 Die Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit seinen europarechtlichen Bezügen .....	3
--	---

## Teil B. Staatlicher Einfluss auf die Wirtschaft: Das Subventions- und Beihilfenrecht

§ 2 Subventionsrecht .....	41
§ 3 Das europäische Beihilfenrecht .....	63

## Teil C. Der Staat als Marktteilnehmer

§ 4 Das Recht der öffentlichen Haushalte .....	107
§ 5 Öffentliche Unternehmen im Wettbewerbs- und Vergaberecht .....	165

## Teil D. Ausgewählte Einzelbereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts

§ 6 Gewerberecht .....	223
§ 7 Kammerrecht .....	241
§ 8 Telekommunikationsrecht .....	277
§ 9 Postrecht .....	334
§ 10 Energiewirtschaftsrecht .....	372
§ 11 Besondere Netzinfrastrukturen .....	434
§ 12 Verkehrswirtschaftsrecht (Eisenbahnen) .....	469
§ 13 Verkehrswirtschaftsrecht (Luftverkehr) .....	516
§ 14 Kreislaufwirtschaftsrecht .....	553
§ 15 Wasserwirtschaftsrecht .....	579
§ 16 Medienwirtschaftsrecht .....	603
§ 17 Datenschutzrecht .....	643
§ 18 Glücksspielrecht .....	686
Sachverzeichnis .....	719

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXVII
Literaturverzeichnis .....	XLVII

## Teil A. Grundlagen

<b>§ 1 Die Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts mit seinen europarechtlichen Bezügen .....</b>	<b>3</b>
I. Grundgesetz und Wirtschaftsgestaltung .....	4
1. Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes .....	4
2. Die wirtschaftlichen Grundrechte des Grundgesetzes .....	6
a) Grundrechtsbindung- und berechtigung .....	6
b) Berufsfreiheit .....	7
c) Eigentumsfreiheit .....	7
II. Grundstrukturen des europäischen Wirtschaftsrechts .....	7
1. Europäische Rechtsordnung .....	10
2. Grundrechte .....	10
3. Grundfreiheiten .....	10
a) Gemeinsame Strukturelemente .....	11
b) Diskriminierungsverbot und Beschränkungsverbot .....	12
4. Sekundärrechtliche Ausgestaltung .....	16
III. Öffentliches Wirtschaftsrecht .....	18
1. Zielsetzungen .....	18
2. Begriffe und Themen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts .....	19
a) Ordnungsrecht .....	19
b) Wirtschaftsregulierung .....	20
c) Wirtschaftslenkung und Förderung .....	21
3. Organisation der Wirtschaftsverwaltung .....	21
4. Erscheinungsformen und Instrumente der Wirtschaftsverwaltung .....	22
a) Marktzutrittskontrolle (Lizensierung) .....	22
b) Marktverhaltenskontrolle und Wirtschaftsaufsicht .....	22
c) Selbstverwaltung der Wirtschaft und der freien Berufe .....	23
d) Selbstregulierung, verbandliche Standardsetzung und Selbstverpflichtung .....	24
e) Beleihung und Verwaltungshilfe .....	25
f) Konzessionierung .....	27
g) Zertifizierung und Akkreditierung .....	28
5. Privatisierung, Deprivatisierung und Öffentlich-Private Partnerschaften .....	28
6. Öffentlich-Private Partnerschaften .....	31
7. Informationsfreiheit versus Wettbewerb .....	32
IV. Wirtschaftsregulierung .....	33
1. Zum Begriff der Regulierung .....	33
2. Regulierung im System des Verwaltungsrechts .....	34
a) Organisation .....	34

# Inhaltsverzeichnis

b) Verfahren und Ermessen .....	35
c) Besondere Instrumente .....	36
d) Regulierungsrecht und Kartellrecht .....	36
V. Schlussbetrachtung und Ausblick .....	37
<b>Teil B. Staatlicher Einfluss auf die Wirtschaft: Das Subventions- und Beihilfenrecht</b>	
<b>§ 2 Subventionsrecht .....</b>	<b>41</b>
I. Das Subventionsregime im EU- und deutschen Wirtschaftsrecht .....	42
1. Grundlagen und Bedeutung .....	42
2. EU-rechtliche Grundlagen .....	42
3. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	43
a) Gesetzlicher Rahmen (Haushalts-, Verfahrens- und Subventionsstrafrecht) .....	43
b) Subventionsprogramme in Verwaltungsvorschriften .....	43
c) Gesetzesvorbehalt und Konkurrentenschutz bei Grundrechtsbetroffenheit .....	43
II. Subventionsverhältnis und Subventionsverfahren .....	44
1. Subventionsbegriff .....	44
2. Weite Gestaltungsfreiheit des Zuwendungsgebers .....	45
a) Form der Bewilligung .....	45
b) Inhalt des Subventionsprogramms .....	47
3. Das Subventionsverhältnis .....	48
a) Notwendiger Inhalt des Subventionsverhältnisses .....	48
b) Allgemeine Nebenbestimmungen (ANBest) .....	49
c) Besondere Nebenbestimmungen (BNBest) .....	54
4. Subventionsverfahrensrecht .....	54
a) Dezentraler Vollzug und Schutz der EU-Interessen .....	54
b) Subventionsverfahren als Verwaltungsverfahren .....	55
c) Rechtsansprüche auf Subventionen und Ermessensentscheidungen .....	56
d) Rückforderung von Subventionen .....	57
III. Rechtsschutz .....	61
1. Klageansprüche auf Subventionierung .....	61
2. Konkurrentenklagen .....	61
3. Prozessuale Fragen .....	62
<b>§ 3 Das europäische Beihilfenrecht .....</b>	<b>63</b>
I. Das Beihilfenregime des Europarechts .....	64
1. Das System der europäischen Beihilfenpolitik .....	64
2. Wirtschaftliche Bedeutung von Beihilfen .....	66
3. Einordnung in die Wettbewerbspolitiken: Verhältnis zum Kartell- und Fusionskontrollrecht .....	67
4. Der „more economic approach“ im Beihilfenrecht: Der Aktionsplan Staatliche Beihilfen von 2005 .....	67
5. Modernisierung des EU-Beihilfenrechts 2012 bis 2014 .....	67
II. Der Beihilfentatbestand und seine Ausnahmen .....	69
1. Reichweite des Beihilfenverbotes .....	69
a) Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen .....	70
b) Wirtschaftliche Begünstigung .....	71
c) Selektivität der Begünstigung .....	76
d) Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung .....	76
2. Ausnahmen vom Beihilfenverbot .....	78
a) Legalausnahmen nach Art. 107 Abs. 2 AEUV .....	79

b) Genehmigung nach Art. 107 Abs. 3 AEUV .....	79
c) Einzelne Genehmigungstatbestände .....	80
3. Sonderstellung: Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse .....	87
a) Begriff .....	88
b) Art. 106 Abs. 2 AEUV .....	89
III. Das Prüfverfahren .....	90
1. Grundlagen .....	90
2. Beteiligte .....	91
3. Anmeldeverfahren .....	92
4. Vorläufiges Prüfverfahren .....	93
5. Hauptprüfungsverfahren .....	94
6. Entscheidung .....	94
7. Verfahren bei nicht angemeldeten Beihilfen .....	95
8. Verfahren bei bestehenden Beihilfen .....	96
IV. Innerstaatliches Rückforderungsverfahren .....	96
V. Innerstaatliche Rechtsfolgen eines Beihilfenrechtsverstoßes .....	99
VI. Rechtsschutz .....	101
1. Rechtsschutz auf europarechtlicher Ebene .....	101
a) Rechtsschutz des Beihilfenempfängers .....	101
b) Rechtsschutz des Mitgliedstaates .....	101
c) Rechtsschutz von Wettbewerbern .....	102
2. Rechtsschutz vor innerstaatlichen Gerichten .....	103
a) Rechtsschutz des Beihilfenempfängers .....	103
b) Rechtsschutz des Wettbewerbers .....	103

## Teil C. Der Staat als Marktteilnehmer

§ 4 Das Recht der öffentlichen Haushalte .....	107
I. Grundlagen .....	109
1. Das Haushaltsrecht im System des Finanzrechts .....	109
a) Die einzelnen Materien des Haushaltsrechts .....	109
b) Die verfassungsrechtlichen Grundlagen .....	110
c) Das Haushaltsrecht und seine Rechtsquellen im Stufenbau der Gesamtrechtsordnung .....	111
2. Zur geschichtlichen Entwicklung des Haushaltsrechts .....	114
a) Ursprünge: Die Staatsfinanzen als Gegenstand eines Zeitkreislaufs .....	114
b) Merkantilismus und Finanzwissenschaft .....	114
c) Aufklärung und Kontrolle .....	115
d) Verrechtlichung des Haushaltswesens .....	116
e) Kampf um die Budgetgewalt .....	117
f) Reformdruck .....	118
g) Euro-Rettung und parlamentarische Haushaltskontrolle .....	119
3. Die Besonderheiten des Haushaltsrechts .....	120
a) Das periodisch gesetzte Haushaltsrecht: Haushaltsgesetz mit Haushaltsplan .....	120
b) Die traditionelle staatliche Rechnungsführung der Kameralistik .....	121
c) Haushaltsrechtliche Begriffe und ihre Bedeutung .....	122
d) Die besonderen Bedingtheiten des Rechts der öffentlichen Haushalte .....	123
e) Schlussfolgerung: die Einflussnahmen auf das Recht der öffentlichen Haushalte .....	126
4. Die Funktionen des Haushalts .....	127

# Inhaltsverzeichnis

5. Die Haushaltsgrundsätze .....	127
6. Möglichkeiten der flexibleren Handhabung der Haushaltsgrundsätze .....	130
7. Die Haushaltssystematik .....	131
8. Der Haushaltskreislauf .....	132
9. Durchbrechung der Haushaltseinheit: Nebenhaushalte und Parafisken .....	133
a) Nebenhaushalte .....	133
b) Insbesondere: die Parafisken .....	134
10. Die Finanzkontrolle als Haushalts- und Rechnungskontrolle .....	134
11. Innenrecht, Ansprüche Dritter .....	139
12. Europarechtliche Einflüsse .....	139
II. Bundeshaushaltsrecht: Haushaltsgrundsatzgesetz und Bundeshaushaltsordnung .....	140
1. Vorläufer und Entstehung .....	140
2. Die Harmonisierung der Haushaltsbestimmungen durch das HGrG .....	140
3. Reformen .....	141
a) Beginn auf Bundesebene .....	141
b) Insbesondere: das Neue Steuerungsmodell im Haushaltssystem .....	143
c) Einflüsse auf die Landes- und Kommunalebene .....	144
4. Die Gliederung von HGrG und BHO .....	145
5. Änderungen des HGrG .....	146
6. Der Anwendungsbereich der BHO und die Verwaltungsvorschriften zur BHO .....	146
a) Anwendungsbereich .....	146
b) Verwaltungsvorschriften als Ergänzungen zur BHO .....	146
7. Weitere Bundesgesetze mit Bezug zum Haushaltsrecht .....	147
8. Das Recht der besonderen Haushaltsbereiche des Bundes .....	147
a) Grundlagen .....	147
b) Das Zuwendungsrecht .....	147
c) Bundesbetriebe und Sondervermögen .....	149
d) Beteiligungen des Bundes an wirtschaftlichen Unternehmen .....	149
e) Einrichtungen des Bundes in Form von Juristischen Personen des öffentlichen Rechts und Sozialversicherungsträger .....	149
f) Einrichtungen des Bundes in Form von Juristischen Personen des privaten Rechts .....	149
III. Das Haushaltsrecht der Länder .....	150
1. Haushaltsverfassungen der Länder .....	150
2. Die Landeshaushaltsordnungen (LHO) .....	150
3. Weiteres haushaltsrelevantes Recht der Länder .....	152
4. Das Haushaltsrecht der verselbständigten Einrichtungen der Länder und der Landesbetriebe am Beispiel des Landes Sachsen-Anhalt .....	152
IV. Das Haushaltsrecht der Kommunen (Landkreise und Gemeinden) .....	153
1. Die Gemeinde- und Landkreisordnungen .....	153
2. Das spezielle Haushaltsrecht der Kommunen .....	155
3. Die Eigenbetriebe und sonstigen verselbständigten Einrichtungen der Kommunen .....	158
V. Das Haushaltsrecht der Parafisken des Bundes und der Länder .....	159
VI. Das Haushaltsrecht der öffentlichen Unternehmen und der Beteiligungen von Bund, Ländern und Kommunen .....	160
VII. Exkurs: Das Haushaltsrecht der Europäischen Union .....	163
<b>§ 5 Öffentliche Unternehmen im Wettbewerbs- und Vergaberecht .....</b>	<b>165</b>
I. Marktrelevante Verwaltungstätigkeit im Überblick .....	168
1. Rechtstatsächliche Aufmerksamkeitsfelder .....	168

2. Rechtsdogmatische Handhabung .....	168
II. Öffentliche Unternehmen .....	169
1. Organisations- und Handlungsformen .....	169
a) Tatbestand des öffentlichen Unternehmens .....	169
b) Erscheinungsformen .....	171
c) Wirtschaftspolitische Bewertung .....	173
2. Verfassungs- und europarechtliche Maßgaben .....	174
a) Verfassungsrecht .....	174
b) Unionsrecht .....	176
3. Konkurrenten- und Rechtsschutz .....	179
a) Lauterkeitsrechtliche Abwehransprüche .....	179
b) Verwaltungsrechtliche Unterlassungsansprüche .....	180
III. Privatisierung öffentlicher Aufgaben .....	181
1. Privatisierung im Funktionsbereich der Exekutive .....	181
a) Öffentliche Aufgaben, Staatsaufgaben, Staatsfunktionen .....	181
b) Aufgabenverantwortung und Privatisierungsfolgen .....	183
2. Formen und Rahmen der Privatisierung .....	184
a) Materielle oder Aufgabenprivatisierung .....	185
b) Formelle oder Organisationsprivatisierung .....	189
c) Funktionelle oder Produktionsprivatisierung .....	190
d) Sonderformen des Zusammenwirkens von Staat und Wirtschaft .....	194
IV. Vergabe öffentlicher Aufträge .....	195
1. Funktion und Regelungsstand des Beschaffungswesens .....	196
2. Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben .....	197
a) Unionsrecht .....	197
b) Verfassungsrecht .....	199
3. Systematik des geltenden Vergaberechts .....	200
a) Die Mehrphasigkeit des Vergabeverfahrens .....	200
b) Zweigeteiltes Vergaberecht .....	201
c) Bedeutung des kommunalen Wirtschaftsrechts .....	201
4. Vergaberecht jenseits des Kartellvergaberechts (Unterschwellenbereich) .....	202
a) Anwendungsvoraussetzungen .....	202
b) Maßstäbe und Verfahren .....	202
5. Kartellvergaberecht (Oberschwellenbereich) .....	203
a) Anwendungsvoraussetzungen .....	203
b) Grundsätze des Vergaberechts .....	208
c) Das Vergabeverfahren .....	211
6. Rechtsschutz .....	215
a) Rechtsschutz im Kartellvergaberecht .....	215
b) Rechtsschutz unterhalb der Schwellenwerte .....	218

## Teil D. Ausgewählte Einzelbereiche des Öffentlichen Wirtschaftsrechts

§ 6 Gewerberecht .....	223
I. Einleitung .....	224
II. Gewerbebegriff .....	224
1. Legalitätskriterium .....	224
2. Gewinnerzielungsabsicht .....	225
3. Dauerhaftigkeit .....	225
4. Selbstständigkeit .....	226
5. Negativkriterien .....	226
a) Urproduktion .....	226

# Inhaltsverzeichnis

b) Freie Berufe .....	226
c) Verwaltung eigenen Vermögens .....	226
6. Befreiung nach § 4 GewO .....	226
III. Gewerbearten .....	227
IV. Erlaubnisfreie und erlaubnispflichtige Gewerbe .....	227
V. Stehendes Gewerbe .....	227
1. Anzeigepflicht .....	227
a) Grundpflicht .....	227
b) Formerfordernis .....	228
c) Zuständigkeit .....	228
2. Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden (§ 35 GewO) .....	229
a) Tatbestandsmäßigkeit .....	230
b) Rechtsfolge .....	232
c) Die Untersagungserweiterung I .....	232
d) Die Untersagungserweiterung II .....	232
3. Erlaubnispflichtiges stehendes Gewerbe (§§ 30–34e GewO) .....	233
a) Rechtsnatur und Form der Genehmigung .....	233
b) Erlöschen der Erlaubnis .....	233
c) Einschreiten gegen nicht erlaubte Betriebe, die unter Erlaubnispflicht stehen .....	234
4. Verwaltungsvollstreckung .....	235
a) Zwangsmittelarten .....	235
b) Gestrecktes Vollstreckungsverfahren .....	235
c) Sofortiger Vollzug .....	235
5. Auskunft und Nachschau .....	236
VI. Reisegewerbe .....	236
1. Gewerbsmäßiges Tätigwerden .....	236
2. Gewerbe ohne Niederlassung .....	236
3. Tätigwerden ohne vorhergehende Bestellung .....	237
4. Erfasste Tätigkeiten .....	237
5. Unterhaltende Tätigkeit als Schausteller oder nach Schaustellerart ....	237
6. Reisegewerbekarte .....	238
VII. Märkte, Messen und Ausstellungen .....	238
1. Festsetzungsfähigkeit .....	238
2. Teilnahmefreiheit .....	239
3. Festsetzungsentscheidung .....	239
4. Fehlende Konzentrationswirkung der Festsetzungsentscheidung .....	239
5. Veranstaltereigenschaft einer Kommune .....	240
§ 7 <b>Kammerrecht</b> .....	241
I. Begriffsklärungen und rechtlicher Regelungsrahmen .....	243
1. Begriff und Gegenstand des Kammerrechts .....	243
a) Begriff des Kammerrechts .....	243
b) Gegenstände des Kammerrechts .....	244
2. Erscheinungsformen von Kammern .....	244
a) Die Wirtschaftskammern .....	244
b) Die Kammern der freien Berufe .....	245
c) Die Arbeitnehmerkammern .....	245
d) Privatrechtliche Zusammenschlüsse von Kammern .....	245
3. Bundesrecht .....	246
4. Landesrecht .....	246
5. Rechtsvergleichende Hinweise .....	246

II. Die Gründung von Kammern, die Kammermitgliedschaft und die Staatsaufsicht .....	246
1. Gesetzgebungskompetenz .....	246
2. Verfassungs- und europarechtliche Zulässigkeit der Pflichtmitgliedschaft .....	249
3. Selbstverwaltungsrecht der Kammern und Staatsaufsicht .....	251
a) Funktionen des Staatsaufsicht .....	251
b) Das kooperativ-subsidiäre Verständnis der Staatsaufsicht .....	252
c) Gegenstand und Adressat der Staatsaufsicht .....	253
d) Der Aufsichtsmaßstab .....	253
e) Differenzierung nach den Rechtsfolgen von Normverstößen .....	254
f) Grundsätze der Ausübung der Aufsicht – das Aufsichtsrechtsverhältnis .....	254
g) Der Rechtsrahmen im Einzelnen .....	255
h) Grundsätze des Aufsichtsverfahrens bei Genehmigungen .....	256
III. Die interne Organisation der Kammern (Kammerverfassungsrecht) .....	257
1. Arten und Struktur der Mitgliedschaft .....	257
2. Die Kammerorgane und ihre Bildung .....	257
3. Grundzüge des Kammerwahlrechts .....	257
a) Einordnung der Kammerwahlen .....	257
b) Verfassungsrechtliche Vorgaben für Kammerwahlen .....	258
c) Die gesetzgeberische Ausgestaltung der Wahlrechtsgleichheit im Kammerwahlrecht .....	259
d) Einzelne Wahlrechtsgrundsätze im Kammerwahlrecht .....	260
e) Ausgestaltung des Kammerwahlrechts durch Wahlordnungen .....	265
f) Zulässigkeit von Online-Wahlen .....	265
g) Persönlichkeits- oder Listenwahl .....	266
h) Feststellung eines Mandatsverlustes und Abwahl .....	266
i) Rechtsschutz im Kammerwahlrecht .....	266
4. Aufgaben der Vertreterversammlung .....	267
5. Aufgaben des Vorstandes / Präsidiums .....	267
6. Geschäftsführung .....	268
IV. Die Aufgaben der Kammern .....	268
1. Hoheitliche Rechtsetzungs- und Aufsichtsaufgaben .....	268
2. Beratung und Interessenvertretung .....	268
3. Dienstleistungen für Mitglieder .....	268
4. Aufgaben im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung .....	269
5. Sonstige übertragene Aufgaben .....	269
V. Die Finanzierung der Kammern .....	269
VI. Rechtsschutzfragen .....	271
1. Die Rechtsschutzkonstellationen im Überblick .....	271
2. Streitigkeiten um die Mitgliedschaft und über die Beitragspflicht .....	272
3. Mitgliedschaftliche Unterlassungsklagen – Kammerbeanstandungsklagen .....	272
4. Innenrechtsstreitigkeiten – Kammerorganstreit .....	272
VII. Reform- und Entwicklungsperspektiven .....	272
1. Die Rahmenbedingungen .....	272
2. Jüngere Rechtsentwicklungen .....	273
3. Reformbedarf auf Grund von Defiziten des Status quo .....	274
a) Verbesserung der demokratischen Legitimation und des Wahlgesehens .....	274
b) Erhöhung der Transparenz von Entscheidungsprozessen .....	274



# Inhaltsverzeichnis

c) Öffentlich-rechtliche Organisationseinheiten auf Bundes- und Landesebene .....	274
d) Umfang der Erbringung von Dienstleistungen durch Kammern ...	275
e) Organisationskritik .....	275
4. Reformbedarf im Hinblick auf absehbare Veränderungen der Rahmenbedingungen der Aufgabenerfüllung .....	275
a) Verminderung von Mehrfachmitgliedschaften .....	275
b) Rechtsgrundlagen für die grenzüberschreitende Kooperation von Kammern .....	275
c) Verkammerung weiterer Berufe? .....	276
5. Ausblick .....	276
<b>§ 8 Telekommunikationsrecht .....</b>	<b>277</b>
I. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	279
1. Regelungsgegenstand .....	279
2. EU-Recht .....	280
3. Bundesrecht .....	281
a) Verfassungsrecht .....	281
b) Bundesgesetzliche Regelungen .....	282
II. Marktzutritt .....	283
III. Marktregulierung .....	285
1. Einführung .....	285
2. Verfahren der Marktregulierung .....	285
a) Marktdefinition, § 10 TKG .....	285
b) Marktanalyse, § 11 TKG .....	286
c) Regulierungsverfügung, § 13 TKG .....	287
d) Regulierungskonzepte, § 15a TKG .....	287
3. Vorleistungsregulierung, §§ 16 ff. TKG .....	288
a) Marktmachtabhängiger Netzzugang, § 21 TKG .....	288
b) Marktmachtunabhängiger Netzzugang .....	290
c) Flankierende Verpflichtungen .....	291
d) Netzzugangsanordnung, § 25 TKG .....	291
e) Vorabgenehmigungspflicht für Vorleistungsentgelte, § 31 TKG ...	291
f) Ex-Post-Kontrolle von Vorleistungsentgelten, § 38 TKG .....	293
4. Endkundenentgeltregulierung, § 39 TKG .....	294
5. Netzneutralität, § 41a TKG .....	294
6. Allgemeine Missbrauchsaufsicht, § 42 TKG .....	295
IV. Kundenschutz, §§ 43a ff. TKG .....	295
1. Verträge, § 43a TKG .....	296
2. Vertragslaufzeit, § 43b TKG .....	297
3. Rechnungsstellung, §§ 45e ff. TKG .....	298
4. Beanstandungen bei unrichtiger Entgeltermittlung, §§ 45i ff. TKG	298
5. Sperre, § 45k TKG .....	299
6. Dauerschuldverhältnisse bei Kurzwahldiensten, § 45l TKG .....	300
7. Anbieterwechsel und Umzug, § 46 TKG .....	300
8. Bereitstellung von Teilnehmerdaten, § 47 TKG .....	302
9. Schadensersatz und Unterlassung, §§ 44, 44a TKG .....	303
10. Abweichende Vereinbarungen, § 47b TKG .....	304
V. Frequenzen, §§ 52 ff. TKG .....	304
1. Allgemein .....	304
2. Frequenzplanung, §§ 53 f. TKG .....	304
3. Frequenzzuteilung, § 55 TKG .....	305
a) Allgemeinzuteilung .....	305
b) Einzelzuteilung .....	305

c) Gebühren, § 142 Abs. 1 Nr. 1 TKG .....	306
d) Frequenzvergabe, § 61 TKG .....	307
VI. Nummerierung, §§ 66 ff. TKG .....	308
1. Preisangabepflicht, § 66a TKG .....	309
2. Preisansagepflicht, § 66b TKG .....	309
3. Preisanzeigepflicht, § 66c TKG .....	310
4. Warteschleifen, § 66g TKG .....	310
VII. Wegerechte, §§ 68 ff. TKG .....	311
1. Benutzung öffentlicher Verkehrswege, §§ 68–75 TKG .....	312
a) Nutzungsberechtigung .....	312
b) Ausübung der Nutzungsberechtigung .....	312
c) Zustimmung des Wegebausträgers .....	313
d) Unentgeltlichkeit .....	313
2. Benutzung privater Grundstücke und Gebäude, § 76 TKG .....	313
3. Infrastrukturnutzung, §§ 77a ff. TKG .....	315
VIII. Fernmeldegeheimnis, §§ 88 ff. TKG .....	316
1. Anwendungsbereich .....	316
2. Fernmeldegeheimnis, § 88 TKG .....	317
3. Abhörverbot, § 89 TKG .....	318
4. Missbrauch von Sende- und sonstigen Telekommunikationsanlagen, § 90 TKG .....	319
IX. Datenschutz, §§ 91 ff. TKG .....	319
1. Abgrenzung .....	319
2. Anwendungsbereich .....	320
3. Informationspflicht, § 93 TKG .....	321
4. Bestandsdaten, § 95 TKG .....	322
a) Begriff .....	322
b) Zulässige Verwendungszwecke .....	322
c) Kopplungsverbot .....	322
d) Löschung .....	322
5. Verkehrsdaten, § 96 TKG .....	322
a) Begriff .....	322
b) Zulässige Verwendungszwecke .....	323
c) Übermittlung an Dritte .....	323
d) Löschung .....	324
6. Standortdaten, § 98 TKG .....	324
7. Einzelbindungsnachweis, § 99 TKG .....	325
8. Überwachung und Sanktionierung .....	325
a) Sanktionierung .....	325
b) Zivilrechtliche Ansprüche .....	325
c) Zuständigkeit .....	326
d) Rechtsweg .....	326
X. Öffentliche Sicherheit, §§ 108 ff. TKG .....	326
1. Notruf, § 108 TKG .....	326
2. Schutzmaßnahmen, §§ 109 f. TKG .....	326
a) Technische Schutzmaßnahmen, § 109 TKG .....	326
b) Datensicherheit, § 109a TKG .....	328
c) Technische Umsetzung von Überwachungsmaßnahmen, §§ 110 ff. TKG .....	328
XI. Verwaltungsverfahren .....	328
1. Zuständigkeit der BNetzA .....	328
2. Verwaltungsaufbau der BNetzA .....	329
a) Präsidium .....	329

# Inhaltsverzeichnis

b) Beirat .....	329
c) Beschlusskammern .....	329
d) Zusammenarbeit mit anderen Behörden .....	330
3. Verwaltungsverfahren .....	330
a) Allgemeine Regelungen .....	330
b) Beschlusskammerverfahren .....	330
4. Rechtsschutz .....	331
a) Widerspruchsverfahren .....	331
b) Gerichtsverfahren .....	331
c) Drittschutz .....	332
d) Gerichtliche Kontrolldichte .....	332
e) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse .....	333
<b>§ 9 Postrecht</b> .....	<b>334</b>
I. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	335
1. EU-Recht .....	335
2. Bundesrecht .....	337
II. Schwerpunkte .....	340
1. Konkreter Regulierungsrahmen .....	340
a) Regulierungsziele (§§ 1 ff. PostG) .....	341
b) Regulierungsvoraussetzungen .....	343
c) Regulierungsinstrumente .....	343
2. Lizenzierung und Marktzugang (§§ 5 ff. PostG) .....	344
a) Postdienstleistungen (§4 PostG) .....	344
b) Lizenzpflicht (§§ 5 ff. PostG) .....	346
c) Anzeigepflicht (§ 36 PostG) .....	350
3. Universaldienst (§§ 11 ff. PostG) .....	351
a) Inhalt und Umfang (§ 11 PostG und PUDLV) .....	351
b) Verbraucherbeschwerden und Schlichtung (§ 10 PDLV) .....	353
c) Verfahren zur Gewährleistung (§§ 12 ff. PostG) .....	353
4. Entgeltregulierung (§§ 19 ff. PostG) .....	356
a) Maßstäbe der Entgeltregulierung (§ 20 PostG und PEntgV) .....	358
b) Methoden der Entgeltregulierung .....	360
c) Verfahren der Ex-ante-Entgeltregulierung (§§ 21 ff. PostG) .....	362
d) Ex-post-Entgeltregulierung (§ 25 PostG) .....	365
5. Netzzugangsregulierung (§§ 28 ff. PostG) .....	367
a) Teilleistungen (§ 28 PostG) und Zugangsleistungen (§ 29 PostG) .....	368
b) Vorlagepflicht (§ 30 PostG) .....	369
c) Schlichtung und Anordnungen (§ 31 PostG) .....	370
d) Besondere Missbrauchsaufsicht (§ 32 PostG) .....	370
III. Rechtsschutz .....	370
IV. Fazit und Ausblick .....	371
<b>§ 10 Energiewirtschaftsrecht</b> .....	<b>372</b>
I. Begriff, Kompetenzen .....	376
1. Rechtsetzungskompetenzen .....	376
2. Verwaltungskompetenzen .....	377
3. Staatliche und gemeindliche Verantwortung für die Energieversorgung .....	378
II. Entwicklung der Markt- und Aufsichtsstrukturen .....	378
1. Entwicklung bis zur Markttöffnung .....	378
2. Markttöffnung .....	380
III. Zutritt zum Energiemarkt .....	382
1. Energierechtliche Zulassungskontrolle .....	382
a) Genehmigung nach § 4 EnWG .....	382

b) Anzeige nach § 5 EnWG .....	384
2. Entflechtung und Zertifizierung .....	385
a) Entflechtung der Energieversorgungsunternehmen .....	385
b) Zertifizierung der Transportnetzbetreiber .....	387
IV. Belieferung mit Energie .....	389
V. Energienetze .....	391
1. Wegerechte .....	391
2. Netzbetrieb und Regulierung .....	395
a) Arten von Energienetzen .....	395
b) Aufgaben der Netzbetreiber; Systemverantwortung .....	396
c) Regulierung des Netzbetriebs .....	399
3. Netzausbau .....	407
a) Räumliche Entkoppelung von Erzeugungs- und Abnahmeschwerpunkten .....	407
b) Beschleunigung des Netzausbaus durch transparente und akzeptanzorientierte Netzplanung .....	408
c) Bundesfachplanung und raumordnerische Verfahren .....	410
d) Planfeststellung .....	412
VI. Aufsichtsbehörden und -instrumente .....	412
1. Aufsichtsbehörden .....	412
a) Regulierungsbehörden .....	412
b) Kartellbehörden .....	413
c) Energieaufsichtsbehörden der Länder .....	414
2. Aufsichtsinstrumente .....	414
a) Präventive Aufsichtsinstrumente .....	414
b) Repressive Aufsichtsinstrumente .....	418
c) Allgemeine Verfahrensgrundsätze .....	423
VII. Rechtsschutz .....	427
1. Rechtswege für Entscheidungen nach dem EnWG .....	427
2. Verwaltungsrechtsschutz .....	427
3. Rechtsschutz gegen Regulierungsentscheidungen .....	429
VIII. Energieumweltrecht .....	431
<b>§ 11 Besondere Netzinfrastrukturen .....</b>	<b>434</b>
I. Einführung .....	436
II. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	437
1. EU-Recht .....	437
2. Bundesrecht .....	438
III. Stromsektor und Gassektor .....	439
1. Europarechtliche Sonderstrukturen im Stromsektor .....	439
a) Kleines, isoliertes Netz .....	439
b) Isoliertes Kleinstnetz .....	439
2. Direktleitungen .....	439
a) Strombereich .....	440
b) Gasbereich .....	440
c) Abgrenzung vom Netz .....	441
d) Rechtsfolgen .....	441
3. Geschlossene Verteilernetze nach § 110 EnWG .....	441
a) Anwendungsbereich .....	441
b) Voraussetzungen .....	442
c) Formelle Voraussetzungen .....	446
d) Rechtsfolgen und Bedeutung für privilegierte Netzstrukturen .....	447

# Inhaltsverzeichnis

4. Kundenanlage und die Kundenanlage zur betrieblichen Eigenversorgung .....	451
a) Anwendungsbereich .....	451
b) Voraussetzungen .....	452
IV. Fernwärme- /Fernkälte .....	460
1. Definition .....	460
2. Anschluss- und Benutzungszwang nach GWB .....	461
a) Marktabgrenzung .....	462
b) Wesentlichkeit des Netzes .....	462
c) Mögliche Zugangspetenten nach § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB .....	463
d) Zugangsverweigerungsgründe .....	463
e) Rechtsfolgen des § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB .....	464
3. Anschluss- und Benutzungszwang aus EEWärmeG und Kommunalrecht .....	464
V. Spezifische Leitungssysteme in Industrie- und Chemieparks .....	465
VI. Rechtsschutz .....	466
1. Strom- und Gassektor .....	466
a) Anlagenbetreiber .....	466
b) Anlagenutzer und Drittlieferanten .....	467
2. Sonstige Sektoren .....	468
<b>§ 12 Verkehrswirtschaftsrecht (Eisenbahnen) .....</b>	<b>469</b>
I. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	472
1. Europarechtliche Grundlagen .....	472
a) Richtlinie 91/440/EWG .....	473
b) Erstes Eisenbahnpaket .....	473
c) Zweites Eisenbahnpaket .....	474
d) Drittes Eisenbahnpaket .....	475
e) Richtlinie zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraumes .....	476
f) Viertes Eisenbahnpaket .....	478
g) Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 .....	479
2. Eisenbahnrecht des Bundes .....	480
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	480
b) „Bahnreform“ .....	481
c) „Regionalisierungsgesetz“ .....	482
d) Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur .....	483
e) Allgemeines Eisenbahngesetz .....	485
f) Reform des deutschen Eisenbahnregulierungsrechts .....	490
3. Eisenbahnrecht der Länder .....	491
II. Einzelheiten des Eisenbahnregulierungsrechts .....	492
1. Grundlagen .....	492
2. Anwendungsbereich der Regulierungsvorgaben .....	493
a) Begriff der Eisenbahninfrastruktur .....	494
b) Schienenwege und Serviceeinrichtungen .....	495
c) Sonderfall Eisenbahnenenergieversorgung .....	497
3. Entflechtungsvorgaben (Unbundling) .....	501
a) Buchhalterische Entflechtung .....	502
b) Operationelle Entflechtung .....	502
c) Gesellschaftsrechtliche Entflechtung .....	503
d) Informationelle Entflechtung .....	504
e) Verfahrensrechtliche Regelungen .....	504
4. Zugang zur Eisenbahninfrastruktur .....	504
a) Diskriminierungsfreiheit .....	505

b) Zugang zu den Schienenwegen .....	505
c) Zugang zu Serviceeinrichtungen .....	507
d) Verfahrensrechtliche Regelungen .....	508
5. Infrastrukturnutzungsentgelte .....	509
a) Entgeltregulierung bei Schienenwegen .....	509
b) Entgeltregulierung bei Serviceeinrichtungen .....	511
c) Verfahrensrechtliche Regelungen .....	511
d) Überprüfung durch die Zivilgerichte .....	512
6. Ausblick: Neues Eisenbahnregulierungsgesetz .....	512
a) Anwendungsbereich der Regulierung .....	512
b) Entflechtungsvorgaben (Unbundling) .....	513
c) Zugangsregulierung .....	513
d) Entgeltregulierung .....	514
e) Regulierungsverfahrensrecht .....	515
<b>§ 13 Verkehrswirtschaftsrecht (Luftverkehr) .....</b>	<b>516</b>
I. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	516
1. EU-Recht .....	517
2. Bundesrecht .....	518
3. Landesrecht .....	518
II. Zentrale Infrastruktur und Bodenabfertigungsdienst auf Flugplätzen, Flughafenentgelte .....	519
1. Zentrale Infrastruktur .....	520
2. Flughafenentgelte .....	520
3. Entgelte bei Bodenabfertigungsdiensten .....	522
4. Bodenabfertigungsdienste .....	523
III. Luftsicherheit .....	529
1. Passagier und Gepäckkontrolle .....	530
2. Zuverlässigkeitsüberprüfung .....	531
3. Zugangsberechtigung zu nicht allgemein zugänglichen Bereichen ....	535
4. Personal- und Warenkontrolle .....	536
5. Frachtkontrolle .....	537
6. Luftsicherheitsplan .....	540
IV. Behörden und Beliehene im Luftverkehr .....	542
1. Europäische Agentur für Flugsicherheit .....	542
2. Luftfahrtbundesamt .....	543
3. Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung .....	544
4. Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung, Flugsicherungsunternehmen	544
5. Landesluftfahrtbehörden .....	546
6. Polizeibehörden im institutionellen Sinn .....	548
7. Zoll .....	549
8. Unterbringung von Behörden an Flugplätzen .....	549
V. Rechtsschutz .....	551
<b>§ 14 Kreislaufwirtschaftsrecht .....</b>	<b>553</b>
I. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	554
II. Europäisches Abfallrecht .....	555
1. Aktionsprogramme der EU .....	555
2. Instrumente des europäischen Abfallrechts .....	557
3. Abfallrichtlinien .....	557
4. Abfallverbringungsverordnung .....	558
III. Kreislaufwirtschaftsgesetz .....	558
1. Umweltpolitische Konzeption und Anwendungsbereich des Gesetzes .....	559
2. Grundbegriffe des Kreislaufwirtschaftsrechts .....	560

# Inhaltsverzeichnis

3. Grundsätze der Abfallvermeidung und Abfallbewirtschaftung .....	564
a) Abfallhierarchie .....	564
b) Grundpflichten der Kreislaufwirtschaft .....	564
c) Rangfolge und Hochwertigkeit der Verwertungsmaßnahmen .....	564
d) Vermischungsverbot .....	565
e) Förderung des Recyclings und der sonstigen stofflichen Verwertung .....	565
4. Abfallbeseitigung .....	565
5. Öffentlich-rechtliche Entsorgung und Beauftragung Dritter .....	566
6. Produktverantwortung .....	568
7. Planungsverantwortung .....	569
a) Ordnung der Abfallbeseitigung .....	569
b) Abfallwirtschaftspläne .....	570
c) Abfallvermeidungsprogramme .....	571
d) Zulassung von Anlagen, in denen Abfälle entsorgt werden .....	572
8. Abfallrechtliche Überwachung .....	572
a) Generalemächtigung .....	572
b) Nachweisverfahren .....	573
c) Anzeige- und Erlaubnispflicht .....	573
d) Entsorgungsfachbetriebe .....	573
e) Betriebsorganisation und Beauftragter für Abfall .....	574
IV. Abfallverbringung .....	575
V. Rechtsverordnungen .....	576
1. Abfallverzeichnis-Verordnung .....	576
2. Nachweisverordnung .....	576
VI. Abfallrecht der Länder .....	577
VII. Kommunales Abfallrecht .....	577
<b>§ 15 Wasserwirtschaftsrecht .....</b>	<b>579</b>
I. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	580
1. EU-Recht .....	580
2. Bundesrecht .....	581
3. Landesrecht .....	581
II. Regelungsschwerpunkte des Wasserwirtschaftsrechts .....	582
1. Das Regelungssystem des WHG im Überblick .....	582
2. Anwendbarkeit des Wasserwirtschaftsrechts .....	583
3. Gewässerbewirtschaftung .....	584
a) Gewässerbenutzung .....	584
b) Die wasserrechtliche Zulassung .....	589
c) Das Zulassungsverfahren .....	590
d) Erlöschen der Zulassung .....	594
e) Rechtsfolgen des Erlöschens der Zulassung .....	596
f) Zulassung des vorzeitigen Beginns .....	596
g) Alte Rechte und Befugnisse .....	597
4. Checkliste .....	599
III. Rechtsschutz .....	599
1. Rechtsschutz des Antragstellers .....	599
2. Rechtsschutz Dritter .....	600
<b>§ 16 Medienwirtschaftsrecht .....</b>	<b>603</b>
I. Medienwirtschaftsrecht als öffentliches Wirtschaftsrecht: .....	604
1. Medien als Wirtschaftsfaktor, kulturelle und demokratische Funktion: Mehrschichtigkeit des Medienwirtschaftsrechts .....	604
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsrechts .....	605
a) Medienrecht und Mediengattungen des Grundgesetzes .....	605

b) Die Grundrechte des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG: Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Films .....	606
c) Wirtschaftsfreiheiten des Grundgesetzes .....	609
d) Staat und Medien: verfassungsrechtliche Funktionsverbote .....	609
e) Grundgesetzliche Kompetenzordnung .....	611
3. Rahmenbedingungen des europäischen Rechts: EMRK und Unionsrecht .....	611
a) EMRK .....	611
b) Primärrecht der Union: Grundfreiheiten und europäische Grundrechte .....	612
c) Sekundärrecht der Union .....	614
4. Der gesetzliche Regelungsrahmen – der Gegenstand des öffentlichen Medienwirtschaftsrechts .....	616
a) Kein übergreifendes öffentliches Medienrecht – unterschiedliche Regulierungsdichte .....	616
b) Öffentliches Wirtschaftsrecht der Medien – Rechtsgrundlagen ....	617
II. Wirtschaftsverwaltungsrecht der Medien: privatwirtschaftlicher Rundfunk, Telemedien .....	618
1. Zulassung zum Rundfunk .....	618
a) Rundfunkbegriff .....	618
b) Zulassungsentscheidung .....	619
2. Marktverhalten .....	621
a) Werberegulungen .....	621
b) Jugendschutz .....	624
3. Vorherrschende Meinungsmacht, Konzentrationskontrolle im Rundfunk .....	626
a) Begrenzung vorherrschender Meinungsmacht nach §§ 26 ff. RStV	626
b) Konzentrationskontrolle nach GWB .....	628
4. Weiterverbreitung, Kabelbelegung, Plattformregulierung .....	629
a) Europäische Vorgaben, insbesondere Art. 31 Abs. 1 Universaldienstrichtlinie .....	629
b) Plattformregulierung gemäß §§ 52 ff. RStV .....	631
III. Wirtschaftsrecht der Medien – Presse und Film .....	633
1. Presseordnungsrecht und Pressewirtschaftsrecht .....	633
a) Pressebegriff der Landespressegesetze .....	633
b) Presseordnungsrecht – Trennungsgrundsatz .....	634
c) Wettbewerbsrechtliche Verhaltenskontrolle .....	634
2. Pressevielfalt und Konzentrationskontrolle .....	635
3. Jugendschutz bei Trägermedien .....	636
4. Filmförderung .....	637
IV. Wirtschaftsrecht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	639
1. Wirtschaftliche Aktivitäten und Rechte privater Wettbewerber .....	639
2. Dreistufentest .....	640
a) Begriff und Grundlagen .....	640
b) Drittschutz der Wettbewerber? .....	641
3. Vergaberecht .....	642
<b>§ 17 Datenschutzrecht</b> .....	643
I. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	644
1. EU-Recht .....	644
2. Bundesrecht .....	645
a) BDSG .....	645
b) Spezialregelungen .....	645



# Inhaltsverzeichnis

3. Landesrecht .....	646
a) Landesdatenschutzgesetze .....	646
b) Spezialregelungen .....	646
4. Autonomes Recht anderer Stellen .....	646
a) Kirchen .....	646
b) Medien .....	646
II. Grundlagen und Begriffe .....	647
1. Personenbezogene Daten, Betroffene und verantwortliche Stellen ...	648
2. Formen des Einsatzes personenbezogener Daten .....	650
3. Verbot mit Erlaubnisvorbehalt .....	650
a) Einwilligung .....	651
b) Erlaubnisnormen der Datenschutzgesetze .....	653
c) Sonstige Erlaubnisnormen .....	654
d) Verbotsnormen .....	654
4. Öffentliche und nicht-öffentliche Stellen, Wettbewerbsunternehmen	655
III. Technischer und organisatorischer Datenschutz .....	657
IV. Datenschutzbeauftragte, Vorabkontrollen und Verfahrensverzeichnisse .....	658
1. Datenschutzbeauftragte .....	658
2. Meldung und Vorabkontrolle von Datenverarbeitungs-Verfahren ...	663
3. Verfahrensverzeichnis .....	665
V. Interne Betroffene: Beschäftigtendatenschutz .....	667
1. Zusammenarbeit des Datenschutzbeauftragten mit der Beschäftigtenvertretung .....	668
2. Nicht-automatisierte Datenverarbeitung als erweiterter Anwendungsbereich .....	668
3. Trennung der Personaldaten von sonstigen Verarbeitungen .....	668
4. Datenschutz bei privater Nutzung der betrieblichen/behördlichen TK- und EDV-Einrichtungen .....	669
5. Verdeckte Datenerhebungen .....	669
6. Bewerbungen .....	669
VI. Extern Betroffene, insbesondere: Kundendatenschutz und Werbung .....	670
VII. Videoüberwachung .....	671
VIII. Auftragsdatenverarbeitung .....	672
IX. Datenumgang mit Auslandsbezug .....	677
X. Aufsichtsbehörden .....	678
XI. Rechtsschutz .....	679
1. Rechtsschutz der Betroffenen .....	679
a) Benachrichtigung/Auskunft .....	679
b) Berichtigung, Löschung und Sperrung .....	680
c) Widerspruch .....	681
d) Schadenersatz .....	681
e) Anrufung der Aufsichtsbehörde .....	682
f) Verbraucherschutz und Wettbewerbsrecht .....	683
g) Strafanzeige und Strafantrag .....	683
2. Rechtsschutz der verantwortlichen Stellen .....	683
a) negative Feststellungsklage und Unterlassungsklage gegen Betroffene .....	683
b) Widerspruch und Klage/Anfechtungsklage gegen Entscheidungen der Aufsichtsbehörden .....	683
c) Einspruch gegen Bußgeldbescheide .....	684
<b>§ 18 Glücksspielrecht .....</b>	<b>686</b>
I. Rechtlicher Regelungsrahmen .....	687
1. EU-Recht .....	687

2. Bundesrecht .....	690
a) Steuerrechtliche Rahmenbedingungen .....	690
b) Recht der Pferdewetten .....	690
c) Gewerbliches Spielrecht .....	690
d) Vorschriften des StGB .....	694
3. Landesrecht .....	695
a) Wesentliche Regelungen des GlüStV 2012 .....	695
b) Ausführungsgesetze zum GlüStV .....	698
c) Rundfunkstaatsvertrag .....	699
II. Pferdewetten .....	699
1. Totalisatoren .....	699
2. Buchmacher .....	700
III. Sportwetten .....	701
1. Konzessionsvergabeverfahren .....	702
2. Rahmenbedingungen der Sportwettvermittlung .....	702
3. Sportwettvermittlung während des Konzessionsvergabeverfahrens ....	704
IV. Spielhallen .....	705
1. Glücksspielrechtliche Erlaubnis .....	706
2. Mindestabstand und Verbundverbot .....	707
3. Gestaltungsvorgaben/Werbebeschränkungen .....	708
4. Obligatorische Zugangskontrollen und Sperrsystem .....	708
5. Übergangsregelungen .....	709
V. Spielbanken .....	710
VI. Lotterien und Ausspielungen .....	711
VII. Gewerbliche Spielvermittlung .....	712
VIII. Rechtsschutz .....	712
1. Durchsetzung von Erlaubnisanträgen .....	712
2. Abwehr belastender Verfügungen .....	714
3. Feststellung von Rechten und Pflichten .....	716
4. Vorläufiger Rechtsschutz .....	717
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>719</b>